

Neue Tarnung

Von Arnold Schölzel



Neonaziaufmarsch in Bad
Nenndorf am 6. August:
Gewaltankündigung
einfach nicht erkennbar
Foto: Rio Freibeuter

Mit gegenseitigen Schuldzuweisungen, Einberufung geheim tagender sogenannter Kontrollgremien der Geheimdienste und wortreichen Ankündigungen im Stil »brutalstmöglicher« Aufklärer bereiteten die etablierten Parteien und die meisten Medien am Mittwoch die Versenkung des Themas »staatlich geförderter Neonazi-Terror« vor. Eine Ausnahme war die FAZ, die in einem Kommentar zur These von »unkontrollierbaren verrückten Klein-Cliquen« festhielt: Wenn die terroristische Mordserie nicht als solche erkannt worden sei, könne das »auch daran liegen«, »daß es verrückte Klein-Cliquen im und um den Verfassungsschutz gibt«.

Eine andere Ausnahme war Bild. Das Boulevardblatt zitierte einen Aussteiger aus der Neonaziszene, der angab, Beate Zschäpe, ein angebliches Mitglied der Terrortruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU), mehrfach getroffen zu haben: »Ich habe Beate Zschäpe bei einer NPD-Weihnachtsfeier und bei einer Veranstaltung im März 2004 in Georgsmarienhütte getroffen.« Am Dienstag hatte die ARD-Sendung »Fakt extra« berichtet, daß Beate Zschäpe zwischen 2001 und 2008 in einer von einem Thomas Dienelt angemieteten Wohnung gelebt hatte, dessen Nachnamen angenommen hatte und erst später in das Haus zog, in dem am 4. November eine Wohnung in die Luft flog. Bild zitiert den Aussteiger weiter: »Ich erinnere mich, daß Zschäpe mit einem Kameraden in einem VW zu einem NPD-Treffen anreiste. Viele in der Szene kannten sie (...) Sie trat nie aggressiv auf, aber ihre Ansichten waren aggressiv. Sie war bekannt als Gründungsmitglied der NSU.« Er wisse von elf Mitgliedern der Gruppe, in der Szene sei man auch über Kontakte zwischen Zschäpe und dem Verfassungsschutz informiert gewesen.

Ungeachtet solcher Aussagen und Details betrieben die mit dem Thema befaßten etablierten Politiker am Mittwoch business as usual und bastelten einer neuen Tarnung für das Flechtwerk von Geheimdiensten und neofaschistischen Terrorbanden, an der Spitze Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU). Er schlug ein Zentralregister für gefährliche Neonazis vor, das allerdings beim Bundeskriminalamt und anderswo längst existiert. Exverfassungsschutzpräsident Hansjörg Geiger forderte obligatorisch eine sogenannte Reform der Geheimdienste. Und der Dauerbrenner »NPD-Verbotsverfahren«, von SPD, Grünen, FDP und Unionsparteien stets mit maximaler Wirkungslosigkeit betrieben, wurde am Glimmen gehalten. Die schärfsten angekündigten Maßnahmen derzeit: Am Freitag wollen sich die Innen- und Justizminister von Bund und Ländern auf einer Sonderkonferenz

mit dem Thema befassen.

Bei den Ermittlungen zur Zwickauer Zelle haben Fahnder Berichten zufolge eine Liste möglicher Ziele der Rechtsterroristen gefunden. Auf der Liste stehen auch die Namen der Politiker Jerzy Montag (Grüne) und Hans-Peter Uhl (CSU), wie der Tagesspiegel am Mittwoch unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtete. Der Verfassungsschutz in Niedersachsen räumte am selben Tag nach den Behörden in Thüringen, Hessen und Sachsen »Fahndungspannen« ein. Seine Behörde sei einem am Montag bei Hannover verhafteten mutmaßlichen NSU-Helfer schon 1999 auf der Spur gewesen, dieser sei aber nach einer Observation als Mitläufer eingestuft und nicht weiter beobachtet worden, erklärte Niedersachsens Verfassungsschutzpräsident Hans Wargel in Hannover.